Nr. 220. Donnerstag, den 27. September 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰ (ohne Bestellgeld), für Oesterreich 2 K 55 h. Bei a. a. Postanstalten l. Zeitungspreisliste Nr. 6858. Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile od. deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechn., b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1366.

Schweizer Brief.

Von unserem Baseler Spezialkorrespondenten.

Wenn an einem bestimmten Tage ein ganzes Volk sich vereint zur Anbetung des Herrn der Welt, zu Dank, Sühne und Bitte, so ist eine solche Feier gewiß schön und erhebend. Ein solcher Tag soll der eidgenössische Bettag sein, der jedes Jahr am dritten Sonntag im September gefeiert wird. Ein großer, herrlicher Gedanke liegt ihm zu Grunde. Ein Volk, das durch Konfession, Nationalität und Sprache so verschieden ist — am Bettag soll es das Trennende vergessen und sich bewußt werden, daß alle Schweizer doch Kinder eines Vaters, Glieder einer großen Familie sind. Alle sollen, wenn auch in verschiedener Weise, danken, sühnen und bitten. Das ist der ideale Gedanke — die rauhe Wirklichkeit ist leider ganz anders. Auch in der Schweiz ist ein großer Teil des Volkes gottentfremdet und will nichts mehr wissen von Dank gegen Gott, von Sühne und Gebet. Der sozialdemokratische „Basler Vorwärts" schrieb zu diesem Tage: „Zu danken haben wir nicht, büßen können wir das ganze Jahr und das Beten haben wir eingestellt, weil es doch nichts hilft." Freilich, wer an keinen Gott mehr glaubt, wer alles Ewige und Uebernatürliche leugnet, der muß zu solcher Gesinnung kommen; für den hat der Bettag keinen Sinn mehr. Diese Gottentfremdung und als Folge davon Feindseligkeit gegen jede positive Religion gehört aber zum Wesen der Sozialdemokratie, weil dieselbe sich nur auf dem reinen Materialismus aufbauen kann. Wer dies nicht einsehen kann oder will und von einer Versöhnung zwischen Christentum und Sozialismus träumt, der ist in einem schweren Irrtum befangen. Diesen Irrtum muß man den reformierten Predigern der Schweiz zuerkennen und zwar nach den Verhandlungen, welche die schweizerische reformierte Predigergesellschaft in ihrer Jahresversammlung in Basel (3. bis 5. September) gepflogen hat. Ein Thema dieser Versammlung lautete: „Das Evangelium und der wirtschaftliche Kampf der Gegenwart." Der Referent, Pfarrer Nagaz von Basel, kam zum Schlusse: „Daß viele Pfarrer Sozialdemokraten werden, ist erwünscht, wer von ihnen aktive (sozialdemokratische) Parteipolitik treiben kann und mag, der tue es." Er begegnete unter den Hunderten von Pastoren keinem Widerspruch, sondern fand begeisterten Beifall. Die Herren sind zu Ende mit ihrem Latein; sie können nichts weiter empfehlen als den Anschluß an die Sozialdemokratie. Nun stelle man sich die Situation vor: die gesamte bürgerliche Protestantenwelt der Schweiz steht in einem erbitterten Kampfe mit der Sozialdemokratie und ihre Geistlichkeit erklärt klipp und klar: „Die Ideale des Sozialismus sind die des Evangeliums, darum müssen wir uns für ihn entscheiden." Muß da nicht die protestantische Laienwelt, welche die Sozialdemokratie wegen deren Umsturzbestrebungen bekämpft, irre werden an ihrer Geistlichkeit, aber auch irre werden am Christentum? Die protestantischen Geistlichen der Schweiz, von denen ja so manche schon aktive Sozialdemokraten sind, bekennen sich zu einem großen Teile zu der irrigen Ansicht: der Sozialismus ist nur das angewandte, das praktische Christentum; Jesus war also der erste entschiedene Sozialdemokrat. Sie können sich keine andere Sozialreform denken als diejenige, welche die Sozialdemokratie vertritt. Wenn wir den tieferen Ursachen dieser Verirrung nachgehen, so müssen wir zu der Ansicht gelangen: diese Geistlichen urteilen so, weil sie nur an eine Entfaltung des praktischen Christentums auf dieser Erde, im Diesseits denken. Der Glaube an ein Jenseits, wo die ewige Gerechtigkeit vergelten wird, ist vollständig ausgeschaltet. Nur so ist auch das Wort von Pfarrer Nagaz in seiner ganzen Tragweite verständlich: „Ist das Evangelium nichts für diese Welt, dann ist es überhaupt nichts." Noch ein anderes Wort von einem Prediger, der schon aktiver Sozialdemokrat ist, sei erwähnt: „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus", d. h. für eines von beiden nur kann sich der Geistliche entscheiden. Auch dieses Wort blieb unwidersprochen und fand Beifall. Kein einziger fand den Mut, zu sagen: Weder Kapitalismus noch Sozialismus!" Die Herren schienen noch nichts von christlicher Sozialpolitik gehört zu haben, oder aber, was wahrscheinlicher ist: für sie existiert dieselbe nicht mehr. Nur eines kann uns retten und uns zugleich den verloren gegangenen Einfluß unter dem Volke wiedergewinnen: wir müssen samt und sonders Sozialdemokraten werden.

Als diese Verhandlungen der Predigergesellschaft bekannt wurden, war die Schweizer Presse zuerst ganz verblüfft; erst nach und nach fanden einige Blätter, besonders solche, welche der positiven Richtung des Protestantismus angehören, den Mut zu einem zahmen Widerspruch. Besonders bemerkenswert für die Katholiken ist die Ausführung des „Berner Tageblattes". Es wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die protestantische Geistlichkeit kein anderes Auskunftsmittel mehr zu empfehlen wüßte als den Anschluß an die Sozialdemokratie. „Da müßten wir die schweizerischen Katholiken beneiden, deren junge Kleriker auch Sozialpolitik treiben und auch eine Arbeiterbewegung mit bestimmten Zielen der Sozialreform ins Leben gerufen haben, aber eine von der Sozialdemokratie prinzipiell und säuberlich getrennte." Hier ist mit kurzen Worten der Unterschied ausgesprochen, welcher zwischen den Anschauungen der katholischen Geistlichen und den Verhandlungen der „kirchlichen Vertreter des Evangeliums" in Basel zutage tritt. Wenn man diese Verhandlungen der reformierten Geistlichen betrachtet — wie erhaben und gewaltig erscheint da der Katholizismus auch in seiner sozialen Kraft! Welcher Abgrund trennt die Enzyklika Leos XIII. über die soziale Frage (auf dieser ist ja die soziale Tätigkeit der katholischen Geistlichen aufgebaut) von dem sozialistischen Katholizismus der Prediger in Basel! Das Christentum der letzteren ist nach ihren Darlegungen weiter nichts als jedes beliebige Bestreben nach Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die katholische Kirche verwirft die Sozialdemokratie, weil diese die sittlichen Werte des Privateigentums und der Freiheit im Zukunftsstaat vernichten will. Die katholische Kirche will aber die Gesundung der christlichen Gesellschaftsordnung durch eine durchgreifende Sozialreform für alle Stände. Das ist der christliche Sozialismus, wie ihn auch die Schweizer Katholiken auf ihre Fahne geschrieben haben. Wenn sie in den nächsten Tagen in imponierender Anzahl sich zum zweiten schweizerischen Katholikentag in Freiburg versammeln, so wird auch vom Sozialismus die Rede sein, aber vom christlichen Sozialismus, von Sozialreform im Sinne und Geiste Leos XIII. Dann wird vielleicht aufs neue der Neid sich regen auf Seite der Protestanten und sie werden Vergleiche anstellen zwischen dieser Tagung und den Verhandlungen der Predigergesellschaft in Basel. Vielleicht kommt dann manchem der Gedanke: Beim Entscheidungskampfe wird es nicht mehr heißen: „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus!" sondern: „Entweder Katholizismus oder Umsturz!"

Politische Rundschau.

Dresden, den 26. September 1906.

— **Das Regierungsjubiläum in Meiningen.** In Meiningen findet, wie man Berliner Blättern berichtet, das Verhalten der offiziellen Berliner Presse bei Gelegenheit des Regierungsjubiläums Georgs II. von Sachsen-Meiningen eine recht abfällige Beurteilung. Während die „Nordd. Allg. Ztg.", mit wenigen frostigen Zeilen von dem Jubiläum Notiz genommen hatte, fand der „Deutsche Reichsanzeiger" überhaupt keine Worte des Glückwunsches, ebensowenig wie beim 80. Geburtstags des Herzogs. Erstaunt fragt man sich im Herzogtum Meiningen, ob diese kurz angebundene Art etwa die Strafe sein soll für die Haltung des Landesfürsten bei Gelegenheit eines kaiserlichen Besuches, als dessen Vorbedingung die Entfernung der Gemahlin des Herzogs gefordert wurde? Bekanntlich verzichtete damals der Fürst lieber auf den Besuch des Kaisers, als auf die Gesellschaft seiner von ihm aufrichtig geliebten Gattin, der Freifrau von Heldburg. — Die „Hildburghäuser Dorfztg.", die bisweilen das Sprachrohr höherer Regierungskreise bildet, äußert sich gegenüber dem Gebaren der Hofpresse, ziemlich derb wie folgt: „Das Verhalten des „Reichsanzeigers" ist empörend taktlos und nebenbei auch herzlich ungeschickt."

— Der Reichspostdampfer „Gertrud Wörmann" ist am 25. d. M. mit 600 in die Heimat **zurückkehrenden Kriegern** an Bord von Swakopmund in Cuxhaven eingetroffen.

— Von der **Regierung im Kolonialamte** verlautet nicht mehr viel; man erzählt sich im Gegenteil, daß der neue Herr sich bereits mit den alten Räten gut abgefunden habe, daß er aber viel Schneidigkeit gegen die unteren und mittleren Beamten übrig habe und diesen sofort eine Verlängerung der Dienstzeit aufgenötigt habe. Aus dem Umstande, daß Dernburg kürzlich beim Reichskanzler war, wollen kluge Leute allerlei schließen; man sagt sich zum Beispiel, daß er mit seinen hohen Etatsforderungen für die Kolonien nicht durchgedrungen sei, daß es ihm auch nicht lieb sei, daß ihm die Schutztruppen entzogen und dem Kriegsministerium unterstellt werden. Jedenfalls hat die hohe Begeisterung der linksliberalen Presse bereits etwas nachgelassen; man sieht, wie recht das Zentrum hatte, als es sich auf den rein abwartenden Standpunkt stellte.

— Der **braunschweigische Landtag** nahm einstimmig und ohne Debatte eine Resolution an, worin gesagt wird, er erachte die längere ungewisse Fortdauer des Provisoriums dem inneren Frieden und damit der Wohlfahrt des Herzogtums für nicht förderlich und halte es deshalb für geboten, daß nicht sofort zur Wahl eines neuen Regenten geschritten werde, sondern vielmehr zunächst an zuständiger Stelle der Versuch gemacht werde, auf eine Beseitigung der Gegensätze hinzuwirken, die zwischen der Krone Preußens und dem derzeitigen Hause der jüngeren Linie des braunschweigischen Herzogshauses bestehen. Daß dabei die berechtigten Interessen des Reiches einerseits und des Herzogtums andererseits voll gewahrt bleiben müssen, sei selbstverständlich. Die Landesversammlung richte daher an den Regentschaftsrat den Antrag, den Reichskanzler als Vorsitzenden des Bundesrates zu ersuchen, die zur Beseitigung der bezeichneten Gegensätze geeigneten Schritte zu tun und die angenommene Resolution zur Kenntnis der preußischen Staatsregierung und des Herzogs von Cumberland zu bringen. Zur Begründung der Resolution führte der Vorsitzende der staatsrechtlichen Kommission Oberbürgermeister Retemeyer folgendes aus: Das Regentschaftsgesetz habe, so viel ihm das Land auch zu danken habe, nur ein Provisorium geschaffen, und eine Regentschaft trage nicht zur Stärkung des monarchischen Prinzips bei. Leider seien unter der Regentschaft im Herzogtume Parteibestrebungen entstanden, die nicht für den inneren Frieden förderlich gewesen seien. Der bei weitem größte Teil der Bewohner habe den Wunsch, eine endgültige Regelung der Verhältnisse herbeigeführt zu sehen. Nach dem Gesetz stehe nun fest, daß die Rechte der jüngeren Linie Braunschweigs und Lüneburgs unzweifelhaft seien. Folglich müsse man zunächst versuchen in ehrlicher und aufrichtiger Weise die zwischen Preußen und dem Herzog von Cumberland bestehenden Gegensätze zu beseitigen. Die Kommission habe die Ueberzeugung, daß die berufenen Stellen hierzu einen Weg finden werden. Zu den Gründen für die Gegensätze könne die Kommission, da ihr offizielle Meldungen darüber nicht zugegangen seien, nicht Stellung nehmen. Dagegen sei die Kommission der Ansicht gewesen, daß die Uebernahme der Regierung durch ein Mitglied des Herzoglichen Hauses nicht anders möglich würde, als daß zuvor die Ansprüche, die, wie der Bundesrat sagt, auf Teile des Königreichs Preußen geltend gemacht würden, aufgegeben würden. Auf diese Ansprüche müsse in unzweideutiger Weise verzichtet werden, bevor eine Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland oder eines anderen Mitgliedes seines Hauses möglich sei. Das erfordere die Rücksicht auf das Herzogtum selbst. Man sei auf ein gutes Verhältnis zu dem Nachbarstaat Preußen angewiesen. Das aber würde getrübt, wenn der Inhaber des Thrones auf einen anderen Thron Anspruch erhebt, oder auch nur die Ueberzeugung Platz griffe, daß dieser Anspruch im Lande Unterstützung fände. Der Redner schloß: „Die Liebe zu dem angestammten Herzoghause mag in einzelnen Teilen der Bevölkerung des Herzogtums verschieden sein; aber in der Liebe zu dem deutschen Vaterlande sind wir alle gleich. Deshalb wollen wir auch alle dazu beitragen, daß die Bundestreue und die Liebe zu Kaiser und Reich in keiner Weise geschmälert oder angezweifelt werde und deshalb ist der erwähnte Verzicht erforderlich." Nach Verlesung der Resolution erklärte der Staatsminister Otto, der Regentschaftsrat habe bereits beschlossen, Anordnungen zu treffen, daß den ausgesprochenen Anträgen der Versammlung sofort entsprochen werde. Demgemäß werde das Staatsministerium sofort handeln. Darauf wurde der Landtag bis auf weiteres vertagt.

— Auf dem **sozialdemokratischen Parteitag** wurde am 24. September in der Nachmittagssitzung vom Abgeordneten Bebel folgende Resolution eingebracht: „1. Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse des Jenenser Parteitages den politischen Massenstreik betreffend und empfiehlt mit besonderem Nachdruck die Beschlüsse betreffend Ausbau und Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Aktion mit Erfolg durchzuführen. 2. Gewerkschaftliche und politische Organisationen sind gleich notwendig für die Hebung der Arbeiterklassen. Die Gewerkschaften, die die Lage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft heben wollen, stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die ihrerseits nicht nur den Kampf für die Hebung der Arbeiterklassen und ihre Gleichberechtigung mit anderen Klassen auf politischem Gebiete zu führen hat, sondern im weiteren auch die Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung befreien will, und die Organisation einer auf der sozialen Gleichberechtigung aller beruhenden Gesellschaftsordnung erstrebt. Dieses Ziel müssen auch die klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften erstreben. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung angewiesen. Um bei Aktionen, die beider Interessen in gleicher Weise berühren, ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. Die Einladung zu einem solchen gemeinsamen Vorgehen hat diejenige Zentralleitung ergehen zu lassen, von der die Anregung ausgeht." Sodann setzte der Abgeordnete Gerisch den Kassenbericht fort. Er verbreitete sich ausführlich über die Fortschritte der Parteiorganisationen. Berlin sei in finanzieller Beziehung sehr leistungsfähig, in der Organisation aber bleibe es weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. In 33 Wahlkreisen, in denen bis auf drei sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, stehe die politische Organisation noch auf dem Nullpunkt. In ganz Deutschland gebe es 384 227 politisch organisierte Sozialdemokraten. Das seien 12⅔ Prozent der abgegebenen Stimmen. Hierauf wurde die Debatte über den Geschäfts- und Kassenbericht eröffnet. Einen ganz radikalen Standpunkt nahm ein Antrag der pommerschen Parteikonferenz zum politischen Massenstreik ein. Er lautet: „Der pommersche Parteitag erwartet vom Parteivorstand, daß er schon der nächsten Wahlrechtsdemonstration einen Charakter gibt, der geeignet ist, die Massen auf die Verwirklichung des politischen Massenstreikes vorzubereiten. Mit aller Entschiedenheit spricht sich der Parteitag insbesondere gegen das Bestreben aus, den politischen Massenstreik als Kampfmittel hinzustellen, das erst in später Zukunft in Frage kommen kann." Reichstagsabgeordneter Ehrhart-Ludwigshafen wendet sich gegen Gerisch, der die Bayern angegriffen und Berlin gelobt hatte. Berlin habe ja auch große Vorteile vor der Partei. Dort sitze das Rentamt und alle, die in der Provinz flügge geworden sind, ziehen dahin. Jeder Redakteur und jeder Gewerkschaftler suche möglichst nach Berlin zu kommen. Wir Bayern glauben, daß eine Uniformierung der Beiträge über das ganze Reich der Partei nur schaden könnte, und bekämpfen sie als ein Unglück für die Partei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060927/1